



Informationsdienst von Martin Kastler MdEP
Ausgabe 21 vom 25. Januar 2011

- Protest gegen EU-Jugendkalender
- Mein Tipp: Antragsfrist für Städtepartnerschaften nicht verpassen
- Christenverfolgung - weltweit immer schlimmer!
- Freie Arztwahl für Patienten in Europa
- Krach in Ungarn - aber: Ambitioniertes Programm für Europa
- Meine Idee: Ein europäisches Siegel für die sichere Rente
- Link: Europa und der öffentliche Dienst
- Gut: Ein Stecker fürs Handy-Ladegerät
- Fördergelder für kommunale Gebäude
- Interessant: Daten zur Bodennutzung

Unglaublich: EU-Kommission schafft quasi christliche Feiertage ab!

Am Rande der Straßburgsitzung letzte Woche hat ein Skandal für Aufsehen gesorgt: Ein von der EU-Kommission veröffentlichter Schülerkalender, der zwar hinduistische und muslimische Feiertage erklärt, die christlichen Feste dafür aber vollkommen unter den Tisch fallen lässt. Ich habe umgehend dagegen protestiert und mich klar zu Wort gemeldet:

Der kämpferische Atheismus im Apparat der EU-Kommission ist untragbar - er braucht eine klare, christliche Antwort. Diese Willkür schreit zum Himmel. Wollen die EU-Beamten nun Weihnachten und Ostern abschaffen? Was steckt dahinter? Fakt ist: Der EU-Kalender ohne christliche Feiertage kostete 5 Millionen Euro und wurde in einer Auflage von 3,5 Millionen Stück an Schülerinnen und Schüler in Europa verteilt.

Die lapidare Entschuldigung der Kommission, es handle sich dabei um einen "groben Fehler" auf Grund "unsorgfältigen Ge-

genlesens" und werde "beim nächsten Mal besser gemacht", kann ich so nicht gelten lassen. Ich habe das deshalb unmissverständlich als Frechheit bezeichnet. Ich habe gefordert, die zuständigen Beamten umgehend zur Rechenschaft zu ziehen sowie eine persönliche Entschuldigung des Kommissionspräsidenten, denn eines ist klar: In der EU-Kommission herrscht ein Sechs-Augen-Prinzip - und damit kann das nur absichtlich publiziert worden sein.

Diese Forderungen waren erfolgreich. Zum einen hat sich der zuständige Kommissar John Dalli öffentlich entschuldigt. Er hat die Homepage des Jugendkalenders innerhalb weniger Stunden mit einem Hinweis versehen lassen, hat den Druck eines Corrigendums in Auftrag gegeben und entsprechende Änderungen für den bereits in Auftrag gegebenen Kalender 2011/12 veranlasst.

Kommissionspräsident Manuel Barroso hat sich - auf meine Anfrage hin - bei einer Aussprache mit der EVP-Fraktion für diesen Fauxpas entschuldigt. Die zuständigen Beamten der Kommission würden zur Re-

chenschaft gezogen. Zudem sei der Vertrag mit der ausführenden Agentur umgehend gekündigt worden.

Ihre Meinung ist wichtig: Sollten Sie meine Meinung teilen und sich selbst über den Kalender beschweren wollen, wenden Sie sich bitte direkt an Kommissionspräsident Manuel Baroso unter http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/contact/mail/index_de.htm oder aber den Kooperationspartner der Veröffentlichung: <http://www.generation-europe.eu/about/contact.html>

MEIN TIPP: Antragsfrist für Städtepartnerschaften nicht verpassen!

Die Antragsformulare für EU-Städtepartnerschaftsförderung liegen vor. Damit sind diese Formulare zur Einreichfrist am 01.02.2011 verfügbar. Das Online-Antragsformular für die Förderung von Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften (Aktion 1, Maßnahme 1.1), thematischer Netzwerkbildung zwischen Partnerstädten (Aktion 1, Maßnahme 1.2) und für Projektkostenzuschüsse für Vereine und Verbände (Aktion 2, Maßnahme 3) ist auf Deutsch im Internet abrufbar. Für Bürgerbegegnungen (Aktion 1, Maßnahme 1.1) ist kein gesondertes Zuschussberechnungsformular mehr einzureichen. Weitere Informationen (Englisch) unter http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/funding/2011/index_en.php und bei der Bonner Kontaktstelle unter www.kontaktstelle-efbb.de

Christenverfolgung wird weltweit immer schlimmer!

Nach den schrecklichen, anhaltenden Angriffen auf Christen in Ägypten, dem Irak und anderen Staaten hat das Euro-

päische Parlament letzte Woche auf Initiative der EVP-Fraktion eine Entschließung zum Schutz der Christen mit großer Mehrheit verabschiedet. Nur die Fraktion der Kommunisten stimmte gegen das fraktionsübergreifende Papier.

Bereits zuvor hatte ich mich in einer offiziellen, schriftlichen Anfrage an die Kommission gewandt, die bis dato leider ohne Antwort blieb. In der Erklärung zeigt sich das Europäische Parlament besorgt über die Situation der Christen in Teilen Afrikas, Asiens und des Nahen Ostens. Es fordert die EU-Kommission auf, die Religionsfreiheit auch in Abkommen mit Drittstaaten zu verteidigen und im Rahmen ihrer Außenpolitik eine Strategie zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit zu erarbeiten. Um stärker gegen Verletzungen der Religionsfreiheit vorgehen zu können, verlangte das Europäische Parlament die Einrichtung entsprechender Kapazitäten innerhalb des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Zudem müsse sich der jährliche Bericht zur Lage der Menschenrechte auch dem Thema Religionsfreiheit widmen.

Auch bei der Entwicklungshilfe und im Handel müsse die Lage der Menschenrechte und die Frage der Religionsfreiheit in einem Land eine Rolle spielen. Ich unterstütze die Position meines Bundestagskollegen Stefan Müller: Wo Menschen wegen ihres Glaubens verfolgt werden, müssen wir die Entwicklungsmittel kürzen. Die Verletzung der Religionsfreiheit betrifft weltweit vor allem Christen. Sie werden in vielen Staaten der Welt verfolgt oder diskriminiert. In der Entschließung heißt es: "Leider müssen wir feststellen, dass 75 Prozent aller religiös motivierten Gewalttaten in den letzten Jahren gegen Christen gerichtet waren. Das christliche Europa muss sich hier auch selbstbewusst wehren in der Welt und darf dazu nicht schweigen".

Freie Arztwahl für Patienten in Europa

Stellen Sie sich vor: Sie planen eine orthopädische Behandlung, lassen Ihr Hörgerät prüfen oder wollen zum Augenarzt für eine neue Brille. Was früher nur im Inland möglich war, ist künftig auch Eu-weit im Ausland möglich - und wird von den Krankenkassen gleichwertig behandelt. Das hat das Europäische Parlament vergangene Woche beschlossen.

Die verabschiedete Richtlinie setzt die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) um, wonach jeder Patient ein Recht auf Behandlung im EU-Ausland hat. Bei ambulanten Dienstleistungen braucht man keine Vorabgenehmigung. Bei Behandlungen, die mit einem Krankenhausaufenthalt verbunden sind, muss man sich vorher bei seiner Krankenkasse den Aufenthalt genehmigen lassen.



Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung ist besonders wichtig für Patienten, die auf einer Warteliste stehen. Die können sich nämlich in einem anderen Land schneller behandeln lassen. Auch im grenznahen Raum oder aus privaten Gründen wegen Familienangehörigen kann eine Operation im EU-Ausland sinnvoll sein. Medizinisch besonders wichtig ist es bei hoch spezialisierten Behandlungen von seltenen Erkrankungen, die nicht in jedem Land angeboten werden.

Durch die Schaffung nationaler Kontaktstellen gibt es in Zukunft die Möglichkeit, sich besser über die Situation in anderen EU-Ländern zu informieren. Eine Chance bietet die Richtlinie auch für die deutschen Ärzte und Krankenhäuser, denn: Unser Gesundheitssystem ist im Vergleich mit anderen EU-Ländern der EU recht gut. Daher können wir auf Auslastung durch Patienten aus anderen europäischen Ländern hoffen, die zu Hause lange Wartezeiten haben.

Krach in Ungarn - aber ambitioniertes Programm für Europa

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán hat letzte Woche in einer Grundsatzrede zum Beginn der Ratspräsidentschaft die Wirtschaft an die erste Stelle seiner Prioritätenliste für die kommenden sechs Monate. Die anschließende Debatte war recht turbulent, da Orbán von Seiten der Liberalen, der Grünen und der Linken für das ungarische Mediengesetz kritisiert wurde.

In seiner Ansprache machte Orbán deutlich, dass Ungarn zum ersten Mal dem Ministerrat der EU vorsitze und dass dies ein historisches Ereignis von besonderer Bedeutung ist. Er sprach über die Folgen des ungarischen Aufstands gegen die kommunistische Diktatur im Jahr 1956 und bezeichnete die heutige Stellung seines Landes als Beleg für geschichtliche Gerechtigkeit eines Landes, dass in der Nachkriegszeit den höchsten Blutzoll für seine Freiheit bezahlen musste.

Zur Wirtschaftspolitik sagte Orbán, dass die Verschuldung ein ganz zentrales Problem sei, das nur durch Beschäftigung und verantwortungsvolles Management zu lösen sei. Man dürfe die heutigen Probleme nicht dadurch lösen, dass man sie für die Zukunft unseren Kindern aufbürdet. Außerdem müsse man den Lissabon-Vertrag dahingehend ändern, dass der für 2013

geplante Krisenmechanismus rechtlich verankert werde.

Interessant sind auch die Schwerpunkte der Ungarn im Sozialbereich. So soll die "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" ein Schwerpunktthema sein. Die Präsidentschaft will ein "Europäisches Jahr für Familien" vorschlagen und betont die Notwendigkeit eines familienfreundlichen Europas vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Ich habe die Chance genutzt, diesen Ansatz in der Aussprache im Ausschuss zu loben und fordere Unterstützung für eine familienfreundliche Beschäftigungspolitik. Für mich gehört dazu auch ein arbeitsfreier Sonntag als Familientag.

Zum ungarischen Mediengesetz an dieser Stelle nur so viel: Hier wird zum Teil maßlos und fern der Fakten übertrieben. Die Kritiker aus den Reihen des Europäischen Parlaments werfen ihm vor, die Pressefreiheit in seinem Land sei gefährdet, weil die neue Medienbehörde Zeitungen wegen „politisch unausgewogener“ Berichterstattung mit hohen Bußgeldern belegen könne. Die Kommission hat nun als Hüterin der Verträge die Aufgabe zu prüfen, in wie weit die "Freiheit der Medien und Ihre Pluralität", tatsächlich bedroht sind.

Meine Idee: Ein europäisches Siegel für die sichere Rente

"Altersvorsorge ist eine nationale Politik mit europäischer Dimension, denn Generationengerechtigkeit kennt keine Grenzen", das habe ich am Rande der Plenartagung letzte Woche gesagt. Die staatliche Rente ist und bleibt nationale Angelegenheit - ohne wenn und aber. Sie allein aber reicht nicht, um allen Europäern nachhaltig sichere Versorgung im Alter zu garantieren. Der europäische Binnenmarkt kapitalgedeckter Altersvorsorge wächst - vor allem in der dritten Säule der privaten Altersvorsorge. Es braucht Standards auf hohem Niveau, die den Verbraucher schützen. Da macht

Europas Einsatz Sinn. Meine Idee dazu: Ein "Europäisches Siegel für die sichere Rente".

Ursache der aktuellen Debatten sind das von der Europäischen Kommission vorgelegte Grünbuch zu angemessenen, nachhaltigen und sicheren Rentensystemen sowie die Solvenz-Probleme einzelner Mitgliedsstaaten: Staatliche Renten sind eines der größten Probleme beim Rating von Staaten - die Pflichtzusagen wirken wie ein finanzieller Klotz am Bein. Sie haben eine europäische Dimension - stolpert ein Euro-Land darüber, stehen die anderen in der Pflicht - da heißt es Augen auf!

Grundsätzlich muss sich das Engagement Europas aber auf den Binnenmarkt kapitalgedeckter Altersvorsorge konzentrieren und den Schutz der Anleger in den Fokus nehmen, denn im Zentrum steht der Mensch. Der Verbraucher muss erkennen können, wann er die sichere Rente kauft - dazu braucht es ein Europäisches Rentensiegel für kapitalgedeckte Altersvorsorgeprodukte.

Ich habe hierzu entsprechende Änderungsanträge zum Grünbuch eingebracht. Gemeinsam mit Zertifizierungsdienstleistern, Verbraucherschützern, Versicherern und Anbietern betrieblicher Altersvorsorge arbeite ich an der Konkretisierung des "Europäischen Rentensiegels".

Link: Europa und der öffentliche Dienst

Es gibt eine neue Vorlage zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Damit informiert die Kommission – leider nur Englisch - über die wichtigsten Aspekte der Freizügigkeit der Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor.

In dieser Arbeitsvorlage vom 14.12.2010 werden Fragen speziell für Beschäftigte im

öffentlichen Dienst behandelt, u.a. welche Stellen im öffentlichen Sektor Staatsangehörigen vorbehalten sind, aber auch die Anerkennung von Berufsqualifikationen, Einstellungsverfahren, sprachliche Anforderungen, sowie Anerkennung von Berufserfahrung und Dienstalter.

Im ersten Teil des Berichts geht es um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor und im zweiten Teil um Länderdossiers zu allen 27 Mitgliedstaaten. Diese Vorlage ergänzt die Mitteilung zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer vom 13. Juli 2010. Die Arbeitsunterlage (Englisch) vom 14.12.2010 unter <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6400&langId=en>. Die Mitteilung vom 13.7.2010 unter http://www.eures-transiro-lia.org/typo3/fileadmin/user_upload/dokumente/1_DE_ACT_part1_v1.pdf

Gut: Ein Stecker fürs Handy-Ladegerät

Die EU-Industrienorm für ein einheitliches Ladegerät liegt jetzt endlich vor. Damit kann die Industrie mit dem Verkauf von Mobiltelefonen für das neue Ladegerät beginnen. Grundlage war eine im Juni 2009 erfolgte Absprache der Kommission mit führenden Mobiltelefonherstellern. Die neuen Netzteile werden auf der Grundlage des bereits bestehenden Micro-USB-Steckers vereinheitlicht. Dieser kommt insbesondere bei Kameras und Smartphones zum Einsatz. Der neue Standard gilt für alle datenfähigen Handys, also Geräte, die man an einen Computer anschließen und mit denen man im Internet surfen oder E-Mails verschicken kann. Die neuen Ladegeräte sollen in den ersten Monaten des Jahres 2011 auf dem Markt sein.

Fördergelder für kommunale Gebäude

Es gibt einen neuen EU Fonds für Investitionen in Projekte der Energieeffizienz. Der Fonds wird mit bis zu 146 Mio. € aus Mit-

teln finanziert, die aus dem 2009 aufgelegten Konjunkturpaket stammen und nicht abgerufen worden sind. Damit sollen regionale und lokale Behörden unterstützt werden, u.a. für mehr Effizienz bei öffentlichen Gebäuden wie Schulen und für die Umstellung auf leistungsfähige Straßenbeleuchtung.



Die Laufzeit reicht vom 1. Januar 2011 bis zum 31. März 2014. Interessierte Kommunen müssen ihre Anträge bis Ende März 2011 einreichen. Weitere Einzelheiten (Englisch) unter <http://www.europarl.europa.eu/de/press-room/content/20101025IPR90074/html/%E2%82%AC146-million-for-energy-saving-efficiency-and-renewable-energy-projects>

Impressum:

Martin KASTLER MdEP

Abgeordnetenbüro Brüssel

Parlement Européen
60, rue Wiertz, ASP 15E218
B-1047 Bruxelles
Tel. : +32 (0)2 28 47 53 8
Fax : +32 (0)2 28 49 53 8
martin.kastler@europarl.europa.eu

Folgen Sie Martin Kastler auf:



Redaktion:
Martin Kastler MdEP, Tobias
Gotthardt

V.i.S.d.P.:
Martin Kastler MdEP

Fotos: Europäisches Parlament, privat